

---

Revierstation Süd

# Ein rein präventiver Antrag

Heike Armbruster, 08.03.2013 07:32 Uhr



Die CDU kämpft vorsorglich für den Erhalt des Polizeipostens in der Böheimstraße. Foto: Heike Armbruster

---

S-Süd - Der Titel des Antrags ließe vermuten, dass eine Schließung der Polizeirevierstation Süd an der Böheimstraße nur noch eine Frage der Zeit ist. Die CDU forderte in der jüngsten Sitzung des Bezirksbeirats Süd den Erhalt eben dieses Standorts. „Das mag überraschen“, räumt selbst der CDU-Fraktionssprecher Roland Petri ein. Er begründet das Ansinnen aber damit, dass man sich nicht wieder von aktuellen Entwicklungen überrollen lassen wolle, wie das beispielsweise bei der Schulentwicklungsplanung geschehen sei.

„Wenn man bedenkt, dass das Gebäude des Polizeireviers 3 an der Gutenbergstraße dem Land gehört, die Räume der Revierstation aber nur angemietet sind, dann ist das Ganze nicht mehr so hypothetisch“, nennt Petri die Gründe. Deshalb ist für ihn Handlungsbedarf erkennbar. „Wir müssen uns als Anwalt der Basis ernst nehmen“, sagte der CDU-Fraktionssprecher. „Es darf keine weitere Reduzierung der Polizeipräsenz im Stadtbezirk Stuttgart-Süd erfolgen“, heißt es in dem Antrag. Zumal die Revierstation als wesentliches Element der inneren Sicherheit im Stadtbezirk unverzichtbar sei.

Im Zuge der Polizeireform der alten Landesregierung stand die Polizeistation bereits zur Debatte. Mit der Entscheidung, dass das Polizeirevier 3 an der

Gutenbergstraße im Westen künftig auch den Stadtbezirk Süd betreut, wurde die Polizeistation in der Böheimstraße zur Außenstelle des Reviers 3.

### **Im Ansinnen einig, in der Form nicht**

Während alle Fraktionen des Bezirksbeirats den Argumenten folgen konnten, die für eine lokale Präsenz der Polizei im Bezirk sprechen, störten sich Grüne und SPD an dem Bezug zur aktuellen Polizeireform der Landesregierung in der Begründung des Antrags. Zwar schreiben die CDU-Politiker ausdrücklich, dass die geplante Reform nicht die Streichung von Polizeidienststellen zum Ziel habe, nahmen sie aber dennoch zum Anlass für den Antrag. In der öffentlichen Sitzung legte Petri aber Wert darauf zu sagen, dass der Antrag keinen parteipolitischen Hintergrund habe.

Der SPD-Bezirksbeirat Eric Preußker sagte: „Von dem Ansinnen her sind wir uns einig. Die Frage ist, was wir mit diesem Antrag erreichen wollen.“ Ähnlich sah das der Sprecher der Grünen, Wolfgang Jaworek, zumal es bereits einen Beschluss gebe, in dem sich der Bezirksbeirat Süd für den Erhalt der Revierstation im Süden einsetze. Jaworek hält aufgrund der aktuellen Entwicklungen andere Fragen für wichtiger. Den Grünen gehe es darum, die tatsächliche Präsenz der Polizei im Bezirk Süd zu erfahren, etwa wie viele Streifen zu Fuß oder mit dem Auto regelmäßig im Bezirk unterwegs seien. Jaworek kündigte an, demnächst einen entsprechenden Antrag in den Bezirksbeirat einzubringen. In der Sitzung am Dienstagabend merkte auch eine Bürgerin an, dass beispielsweise an der Taubenstaffel eine höhere Präsenz der Polizei dringend erforderlich sei. Viele Anwohner fühlten sich nachts nicht sicher, wenn sie die Treppen nutzen müssten.

„Man kann ja das eine tun und das andere nicht lassen“, sagte Petri und kämpfte so für seinen Antrag. „Wir müssen doch nicht warten, bis die Verwaltung mit einem entsprechenden Ansinnen an uns herantritt.“ Die meisten Bezirksbeiräte sahen das etwas anders. „Ich glaube, wir produzieren etwas für die Aktenordner“, argumentierte Rupert Kellermann, der Bezirksvorsteher von Süd. „Das kann schon sein“, erwiderte Petri, aber Aktenordner seien keine Särge und der Beschluss keineswegs für den Papierkorb. Trotz aller Kritik stimmte am Ende eine Mehrheit im Bezirksbeirat für den Antrag der CDU. Bei acht Enthaltungen, sechs Ja- und zwei Nein-Stimmen wurde der Antrag angenommen.